



Wiesbaden, 07.11.2015

## Gemeinsame Stellungnahme des Stadtelternbeirates und der Schulleternbeiräte Wiesbaden

### Sanierungsstau / Haushalt 2016/17

Wiederholt haben der Stadtelternbeirat und einzelne Schulleternbeiräte auf den immer weiter anwachsenden Sanierungsstau an den Schulgebäuden hingewiesen. Dem Bedarf von 400 Mio. € steht bisher ein jährliches Budget von 10 Mio. € gegenüber. Durch diese vollkommen unzureichende Versorgung verschlechtert sich der bauliche Zustand jedes Jahr weiter.

Trotz aller Beteuerungen der Parteien gerade in den letzten Monaten, sieht der aktuelle Haushaltsentwurf dem gegenüber keine Verbesserungen vor. Auch die veröffentlichten Erklärungen zur Verwendung von Mitteln aus dem kommunalen Investitionsprogramm sind unverbindlich und die genannten Beträge vollkommen unzureichend.

Die im Haushaltsentwurf aufgeführten „Weiteren Bedarfe“ offenbaren die chronische Unterfinanzierung der Wiesbaden Schulen. Sollte dieser Haushalt verabschiedet werden, gäbe es z.B. keine ausreichenden Mittel für: Schulbudget, Strom- und Gaskosten, Feuerlöscher, Schulmobiliar, Schulhofreparaturen, Mittagessen in Schulen, Überprüfung der Sportgeräte, Toilettenpapier, Trauergebände für Personal, Zuschüsse für Betreuungsplätze, Einstellung von Sozialpädagogen und Hausmeistern.

Der Stadtelternbeirat und die Schulleternbeiräte in Wiesbaden fordern die Stadtverordneten dazu auf, diesen Haushalt so nicht zu verabschieden. Die bisherigen Planungen mit einem Haushaltshorizont von zwei Jahren, bestenfalls einer Legislaturperiode sind nicht dazu geeignet, die mittlerweile beschämenden baulichen Zuständen an den Wiesbadener Schulen zu beseitigen. Sie haben viel mehr zu ihrer Entstehung beigetragen. Wir erneuern daher unsere Forderungen auf:

1. Erarbeitung und Veröffentlichung eines nachhaltigen Sanierungskonzeptes
2. Bereitstellung der dazu erforderlichen Mittel von voraussichtlich 100 Millionen € bereits im kommenden Doppelhaushalt
3. Umsetzung der bisher durchgeführten Bauplanungen, um die drängendsten Probleme zu lösen und weitere Kosten für Neuplanungen zu vermeiden.